

Bei Limit für Boni spießt es sich jetzt

EU-Finanzminister stoßen auf Widerstand der Briten. Bei US-Ketchup-Deal winkt eine Abfertigung von 43 Mio. Euro.

Brüssel, New York – Bei der Regelung der Banker-Boni spießt es sich. Die Briten stimmten beim EU-Finanzministerrat am Dienstag in Brüssel dem jüngsten Konsenspapier von Europaparlament, EU-Kommission und Rat nicht zu.

Österreichs Finanzministerin Maria Fekter (VP) sieht trotzdem „keine Blockadetendenzen“, sondern lediglich den Wunsch nach „technischen Detailregelungen“. Fekter glaubt aber nicht, dass der Zeitplan wackeln könnte.

Als Bonus für Bankmanager soll im Regelfall maximal ein Jahresgehalt gelten, in Ausnahmefällen auch eine Verdoppelung. Auf die Frage, ob es noch grundsätzliche Änderungen an dieser geplanten Regelung bei den folgenden Verhandlungen der EU-Staaten auf Botschafterebene geben könnte, sagte Fekter, dazu könne sie keinen Kommentar abgeben. „Ich kann nicht sagen, ob das wackeln könnte oder nicht.“

Auch die vorgeschlagene Regelung, wonach bis zu 25 Prozent der Zusatzgelder langfristig ausbezahlt werden können sollen, und ob hier noch eine Erhöhung des Prozentsatzes möglich sei, nachdem es in der Debatte auch die Forderung nach 100 Prozent gegeben habe, werde noch zu diskutieren sein.

„Es gab eine breite Zustimmung zum gesamten Konvolut und Großbritannien hat bezüglich der Banker-Boni seine Detailanmerkungen gemacht“, so die Ministerin.

Indessen sorgt eine neue hohe Abfertigung für Aufsehen. Der Chef von Heinz Ketchup, William Johnson, würde bei einer Auflösung seines Vertrags nach 15 Jahren als Vorstandschef angesichts der Übernahme der Firma durch Warren Buffetts Berkshire und 3G Capital eine Abfindung von 56 Mio. Dollar (43,05 Mio. Euro) erhalten.

Die Investmentgesellschaft Berkshire Hathaway und die Beteiligungsfirma 3G wollen den über 140 Jahre alten US-Konzern für 28 Mrd. Dollar übernehmen. (APA, Reuters)



Heinz Ketchup soll den Besitzer wechseln. Foto: EPA/Kim



7300 Quadratmeter: Die Mieteinnahmen aus dem Bürogebäude fließen künftig zur Priestervorsorge in die Kassen der Diözese Innsbruck. Foto: Böhm

Hypo verkauft Bürohaus für 16 Mio. Euro an die Kirche

Die Diözese Innsbruck hat von der Hypo Tirol das Competence Center in Innsbruck übernommen. Die Hypo will auch weiterhin das Cyta loswerden.

Von Max Strozi

Innsbruck – Die Hypo Tirol Bank setzt als Folge des Italien-Debakels den Verkauf von Immobilien fort. Jetzt hat die Hypo-Tochter Alpen Immobilieninvest das Competence Center in Innsbruck verkauft: Der Bürokomplex schräg gegenüber vom Media Markt beherbergt rund 25 Unternehmen und ist in den Besitz der Kirche gewechselt. Die Liegenschafts-Stiftung der Diözese Innsbruck hat die Immobilie um 15,8 Mio. Euro netto gekauft. Bischof Manfred Scheuer persönlich hat den Kaufvertrag unterschrieben.

Zum Deal gehören zwei Grundstücke über 7200 Quadratmeter samt beiden darauf stehenden Gebäuden sowie ein Grundstück über 450 qm, das anderwärtig verbaut ist.

Die Bürogebäude haben eine vermietbare Fläche von knapp 7300 Quadratmetern und sind derzeit zu etwa 90 % vermietet. In den Büchern der Alpen Immobilieninvest waren die Grundstücke und Gebäude mit knapp 14,7 Mio. Euro bewertet, die Mieterlöse beliefen sich im Jahr 2011 auf rund 870.000 Euro.

Der Kauf des Bürokomplexes sei Teil der Anlagestrategie für die Zukunftsvorsorge der Diözese Innsbruck. „Der Bischof hat im Jahr 2000 einen Pensionsfonds für die Priester gestartet“, schildert Köck: „Zunächst wurde hauptsächlich in Finanzanlagen investiert. Nun haben wir uns entschlossen, auch in Sachanlagen zu investieren. Das Competence Center ist ein erster Schritt.“ Der

Kaufpreis von 15,8 Mio. Euro netto ist laut Köck zu zwei Dritteln fremdfinanziert, und zwar nicht durch die Hypo.

Die Landesbank hatte nach den 125 Mio. Euro schweren Italien-Verlusten einen Immobilien-Großverkauf angekündigt. Dies gehört laut Vorstandschef Markus Jochum auch zu den Auflagen, unter denen die EU eine 220-Mio.-Finanzhilfe der Tiwag an die Hypo genehmigt hatte. „Beim Verkauf von Immobilien und Beteiligungen sind wir auf Kurs“, sagt Jochum. Beim Competence Center habe es mehrere Interessenten gegeben. Erst jüngst hatte die Hypo ihre Filiale in Mayrhofen an den Zillertaler Liftkaiser Heinz Schultz verkauft, wobei andere Zillertaler Projektwerber der Bank ein unfaires Vergabeverfahren vorgeworfen hatten.

In Deutschland hatte die Hypo-Tochter Alpen Immobilieninvest (AI) bereits 2011 Beteiligungen an Immobilienfirmen in Friedrichshafen abgestoßen. Derzeit hält die AI noch Immobilien im Wert von ca. 15 Mio. Euro: das Life Science Center in Innsbruck und ein Grundstück hinter dem Competence Center Innsbruck.

Auch der zunächst lancierte, später verschobene Verkauf des Einkaufszentrums Cyta in Völs – es soll mit 55 Mio. Euro bewertet sein – stehe ganz oben auf der Liste. Jochum: „Natürlich ist es unsere Intention, das Cyta zu verkaufen. Erst müssen aber die Voraussetzungen geschaffen werden, besonders was die Grundstücke anbelangt.“ Hier stünden etwa noch besondere Eigentumsstrukturen wie Superädifikate im Weg.

Industrie kontert Hoteliers

Innsbruck – Die Konzentration der Politik auf Banken und Industrie sei falsch, weil dort die Zahl der Mitarbeiter sinke, während sie im Tourismus steige. „Die Industrie-Ära ist zu Ende.“ Mit dieser Aussage sorgen die beiden neuen Präsidenten der Hoteliervereinigung, Gregor Hoch und Michaela Reitterer, jetzt wenig überraschend für Reaktionen aus der Industrie.

Tirols Industriellen-Präsident Reinhard Schretter kon-

tert: „Die Wirtschaft ist als großes Ganzes zu sehen, die Aussagen der Hotelierchefs sind ungeschickt und falsch.“ Eine De-Industrialisierung und eine Freizeitgesellschaft herbeizureden, gehe an den Tatsachen vorbei. Als Tourismus solle man „nicht am Ast sägen, auf dem man sitzt“.

Der Tourismus bringe viel Geld nach Tirol, die Industrie sei mit einem Umsatz von fast 10 Mrd. Euro und Exportvolumen von fast 7 Mrd. Euro

aber der größte Bereich, sagt Schretter. Der Personalstand sei in Tirol im Vorjahr trotz der schwierigen Rahmenbedingungen von unter 40.000 auf einen neuen Höchststand von 41.300 gestiegen. Inklusiv der Industrieaufträge bei Tiroler Zulieferern und Dienstleistern sei für weitere zehntausende Jobs gesorgt. Die Industrie biete Ganzjahresjobs, die zudem überdurchschnittlich entlohnt würden. (va)



In Tirols Industrie gibt es einen Beschäftigtenrekord. Foto: Archiv

Hypo Steiermark: Haftstrafe reduziert

Wien, Graz – Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat die im Hypo-Steiermark-Verfahren verhängte Haftstrafe für den Ex-Manager der Leasinggesellschaft von acht Jahren Gefängnis auf 4,5 Jahre fast halbiert. Der Ex-Manager wurde wegen Untreue verurteilt, weil er u. a. Leasinggeschäfte in Südosteuropa ohne entsprechende Bonitätsprüfung der Leasingnehmer durchgeführt

hatte und so einen Millionenschaden verschuldet hatte.

Die Höchststrichter erkannten der Hypo-Gruppe auch einen Schadenersatz in Höhe von rund 25 Mio. Euro gegen den Ex-Manager zu. Laut Hypo ist das der höchste jemals in Österreich in einem Strafverfahren zuerkannte Schadenersatz. Der Ex-Manager hat noch einen weiteren Untreue-Prozess vor sich. (APA)

Kurzmeldungen

Telekom-Prozess, Runde zwei

Wien – Der Telekom-Prozess rund um Kursmanipulation und Manager-Boni geht in die zweite Instanz. Die Staatsanwaltschaft hat Strafberufung gegen die Urteile über die Ex-Chefs Rudolf Fischer und Stefano Colombo eingelegt, beide bekamen ebenso wie Ex-Manager Josef Trimmel Haftstrafen. Der Freispruch für Ex-Generaldirektor Heinz Sundt ist rechtskräftig. (APA)



Der Freispruch für Heinz Sundt ist jetzt rechtskräftig. Foto: APA/Fohringer

Forschungsgelder explodierten

Wien – 2012 wurden 572,2 Mio. Euro an Forschungspremien im Rahmen der indirekten (steuerlichen) Forschungsförderung an heimische Unternehmen ausgeschüttet. 2011 waren es laut Finanzministerium 313,2 Mio. Euro. Erstmals sei nun mehr indirekte als direkte Förderung (483 Mio.) geflossen. (APA)

Umdenken nach Fleischskandal

Wien – Nach dem Pferdefleischskandal wollen laut einer Studie des market-Instituts 12 % der Österreicher ihr Ernährungsverhalten ändern. Beim BSE-Skandal waren es 50 % gewesen. 90 Prozent wünschen sich nun eine europaweite Herkunftsbekennung. Das Thema Regionalität wird zudem wichtiger. (APA)

Razzia bei Chefs von Skandal-Bank

Rom – Italiens Justiz hat die Wohnungen von zwei Aufsichtsratsmitgliedern der Skandal-Bank Monte dei Paschi di Siena durchsucht. Dabei wurden laut Medien Geld und Papiere im Wert von 6 Mio. Euro beschlagnahmt. Die Bank hat scheinbar Millionenverluste versteckt, ehe sie Milliardenhilfen bekam. (APA)

Wirbel um Lizenz für Lotterien

Wien – Die Vergabe der ersten albanischen Lotterielizenzen an die Österreichischen Lotterien hat in dem Land politische Nachwehen. Gestern wurde im Parlament in Tirana der Zuschlag ratifiziert. Vertreter der Sozialistischen Partei (PS) sprachen von einem „absolut korrupten“ Vergabeprozess. (APA)